

MÖRGELI

Zur Kenntlichkeit entstellt

In der Schweiz gibt es mehr Filmemacher als Menschen, die sich deren Filme ansehen wollen. Mit 210 Millionen Franken greifen wir Steuerzahler dem serbelnden Schweizer Film von 2021 bis 2024 unter die Arme – ohne EU-Förderprogramm, ohne Covid-Geldregen an die Filmschaffenden. Vorgesehen sind 2,6 Prozent Ausgabenwachstum pro Jahr. Während die Wirtschaft bloss um 1,1 Prozent wächst.

Grosser Profiteur der Filmförderung ist der Filmemacher Samir. Er kam mit sechs Jahren aus dem Irak und wurde mit 35 Schweizer Bürger. Samir hangelte sich von Fördertopf zu Fördertopf, von Filmpreis zu Filmpreis. Der Filmemacher hat noch nie einen guten Film gemacht. Beim Zürcher Kulturhaus Kosmos ist Samir krachend gescheitert. Dafür wird der linke Kulturschaffende von Radio und Fernsehen hofiert.

Im Nahostkonflikt gibt sich Samir auf der Plattform X so, wie er wirklich denkt. Er verbreitet die Tiraden des Leiters der palästinensischen Mission in England. Der Begleittext verharmlost das furchtbare Gemetzel an unschuldigen israelischen Frauen, Männern und Kindern als «militärischen Angriff». Die Hamas-Terroristen seien «Widerstandsgruppen» – und «Israel» wird in Anführungszeichen gesetzt. Obendrein streut Samir die Aussage: «Israel ist eine Nation von Psychopathen.» Und über Ministerpräsident Netanjahu: «Einmal ein Kriegsverbrecher, immer ein Kriegsverbrecher.»

Samir behauptet, eine israelische Denkfabrik entwerfe einen Plan «zur kompletten ethnischen Säuberung von Gaza». Er lässt uns wissen, der «Völkermord in Gaza» werde der erste sein, der aufgrund der sozialen Medien «für jeden auf der Welt völlig offensichtlich» sei. Israel selber habe auf den von ihm verschuldeten «Völkermord» an den Palästinensern hingewiesen. «Die Mainstream-Medien» hätten «den Grundstein für den Völkermord gelegt, indem sie die Geschichte fälschen und Hysterie schüren». Und niemand könne sich entschuldigen, «dass er es nicht wusste». Von uns Schweizern kann sich jetzt niemand mehr entschuldigen, dass wir nicht wussten, wer der steuergeldvergoldete Samir ist.

Christoph Mörgeli

Jetzt kommen die Afghaninnen

Der Bund gewährt allen Frauen aus Afghanistan Asyl. Die Zahlen zeigen steil nach oben.

Philipp Gut

Der Ansturm von Asylbewerbern auf die Schweiz war schon in den ersten acht Monaten des Jahres eindrücklich. Doch jetzt gibt es einen weiteren Schub, wie das Staatssekretariat für Migration (SEM) pünktlich nach den Wahlen vom Wochenende mitteilt. Im September wurden in der Schweiz innert dreissig Tagen 3966 Asylgesuche gestellt. Das sind 965 mehr als im Vormonat und eine Zunahme um 32,2 Prozent. Im Vergleich zum September 2022 ist der Anstieg noch höher (plus 1285).

Neben dem anhaltenden Zustrom aus Nordafrika, Eritrea und der Türkei sind dafür in erster Linie Staatsangehörige Afghanistans verantwortlich. «Hauptgrund» des starken Anstiegs seien «Zweitgesuche von afghanischen Frauen und Mädchen, die sich bereits mit dem Status einer vorläufigen Aufnahme in der Schweiz befinden», so das SEM. Rund 700 der 3966 neuen Gesuche gehen auf ihr Konto. Doch das ist nur die halbe Wahrheit: Insgesamt stellten im September 1486 Personen aus Afghanistan ein Asylgesuch in der Schweiz. Das ist mit Abstand die grösste Gruppe.

42 Millionen Einwohner

Verantwortlich für diese Entwicklung ist das Staatssekretariat für Migration selbst – beziehungsweise dessen Chefin, Asylvorsteherin Elisabeth Baume-Schneider (SP). Das SEM hatte auf den 1. Juli die Asylpraxis für Afghanistan still und heimlich und ohne Beschluss des Gesamtbundesrats angepasst. Seither bekommen alle afghanischen Frauen und Mädchen in der Schweiz den begehrten Flüchtlingsstatus.

Schon drei Monate später sind die Folgen durchschlagend. Afghanistan führt die Asylstatistik an, mit einem weiteren Ansturm bleibt zu rechnen. Auch bei den sogenannten Primär gesuchen – sie betreffen Personen, die keine Verwandten hier haben – liegen die Afghanen an der Spitze. Im September waren es 964, ganze 328 mehr als im Vormonat, der auch schon durch eine rege Asylzuwanderung aus dem Hindu-kusch geprägt war.

In Zukunft dürften sogar noch mehr Afghanen über die bequeme, da praktisch garantierte

Flüchtlingsschiene in die Schweiz fahren. Denn die ominöse Praxisänderung des SEM schliesst den Familiennachzug ein. Das heisst: Auch afghanische Männer und Knaben, deren weibliche Familienangehörige als Flüchtlinge anerkannt worden sind, sind in der Schweiz willkommen. Afghanistan hat über 42 Millionen Einwohner, über zwanzig Millionen davon sind weiblich.

Dass die Schweiz die Schleusen für Afghanen öffnet, hatte die *Weltwoche* publik gemacht. Das SEM hielt es nicht für nötig, die einschneidende Praxisänderung zu kommunizieren. Wie fragwürdig dieses Versteckspiel war, zeigt sich jetzt umso mehr, als die Afghaninnen und Afghanen aktuell der Haupttreiber der steil steigenden Asylgesuchsstatistik sind. Wie hätte das SEM diesen Anstieg nun erklären sollen, ohne dessen Ursache – eben jene Praxisänderung – zu nennen? Die Kosten für den ganzen Wahnsinn tragen – einmal mehr – die Steuerzahler.

Liebe ist...



*... ein Auge auf dich
geworfen zu haben!*